

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 8/2023

23. Februar 2023

Inhaltsverzeichnis

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Verwaltungsvorschrift über die Erhebung von Kosten für die polizeiliche Begleitung von Transporten vom 3. Februar 2023 271

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Anpassung der Dienstaufwandsentschädigungen nach der Kommunaldienstaufwandsentschädigungsverordnung vom 23. Januar 2023 274

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Anpassung der Aufwandsentschädigungen nach § 155a Absatz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 23. Januar 2023 275

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Anpassung des Ehrensoldes nach § 155b Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 23. Januar 2023 276

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Bekanntmachung des Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung (SMJusDEG) über einen Aufruf zur Interessenbekundung zur Förderung von „Orten der Demokratie“ nach der Förderrichtlinie Orte des Gemeinwesens – FRL Orte vom 22. Juni 2021 in der jeweils geltenden Fassung vom 9. Februar 2023 277

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über einen Teilnahmewettbewerb Koordinierungsstelle des „Landesprogramms alltagsintegrierte sprachliche Bildung“ in der Kindertagesbetreuung Sachsen vom 10. Februar 2023 280

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Maßnahmenkatalog des Freistaates Sachsen zum Erhalt und zur Zucht von gesunden und resistenten Bienenvölkern vom 3. Februar 2023 284

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage für den Bau und die Montage von Kraftfahrzeugen der Bayerischen Motoren Werke Aktiengesellschaft (BMW AG) am Standort 04349 Leipzig Gz.: 44-8431/2578 vom 2. Februar 2023 287

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Absage des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz für die Modernisierung des Energieversorgungszentrums EVC 1 der Firma Energieversorgungscenter Dresden-Wilschdorf GmbH & Co. KG am Standort Wilschdorf Gz.: 44-8431/2542 vom 6. Februar 2023 290

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Absage des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz für die Modernisierung des Energieversorgungszentrums EVC 2 der Firma Zweite Energieversorgungscenter Dresden-Wilschdorf GmbH & Co. KG am Standort Wilschdorf Gz.: 44-8431/2613 vom 6. Februar 2023 291

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Absage des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz für die Errichtung eines Energieversorgungszentrums EVC 3 – 1. Teilgenehmigung der Firma Zweite Energieversorgungscenter Dresden-Wilschdorf GmbH & Co. KG am Standort Wilschdorf Gz.: 44-8431/2637 vom 6. Februar 2023 292

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zur
Entstehung der Regine- und Horst-Krätzschmar-
Stiftung Gz.: 20-2245/721/1 vom 7. Februar 2023 293

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung über die Änderung der Satzung
der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rund-
funk und neue Medien (SLM) zur Förderung der
Verbreitungskosten lokaler Fernsehveranstalter
(Förderprogramm Verbreitungskosten lokaler Fern-
sehveranstalter) vom 31. Januar 2023 294

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Verwaltungsvorschrift
des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
zur Änderung der Verwaltungsvorschrift über die Erhebung
von Kosten für die polizeiliche Begleitung von Transporten
Vom 3. Februar 2023

I.

Die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Erhebung von Kosten für die polizeiliche Begleitung von Transporten vom 31. Mai 1993 (SächsABl. S. 737), die zuletzt durch Ziffer V der Verwaltungsvorschrift vom 1. März 2012 (SächsABl. S. 336) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 29. November 2021 (SächsABl. SDr. S. S 167), wird wie folgt geändert:

1. In der Eingangsformel wird die Angabe „15. April 1992 (SächsGVBl. S. 164)“ durch die Angabe „5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245)“ ersetzt.
2. In Nummer 1 wird die Angabe „Nummer 75.1“ durch die Angabe „laufender Nummer 77 Tarifstelle 2“ ersetzt.
3. Nummer 3 wird wie folgt gefasst:
„3. Kosten sind auch für Leerkilometer zum Ort, an dem die polizeiliche Begleitung eines Transports zu übernehmen ist, zu berechnen. Leerkilometer für den Rückweg zum Standort oder zum Polizeistandort nach beendeter Transportbegleitung sind nur zu berechnen, wenn kein unmittelbar neuer polizeilicher Einsatz vorliegt.“

4. Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

„4. Führt die Polizei die Übernahmestelle an, ohne vereinbarungsgemäß die Begleitung durchführen zu können, ist gemäß Anmerkung zu laufender Nummer 77 Tarifstelle 2 des Kostenverzeichnisses eine Gebühr von 10 bis 75 Prozent der für die Begleitung festzusetzenden Verwaltungsgebühr, unter Berücksichtigung des § 7 Absatz 1 Sächsisches Verwaltungskostengesetz, zu erheben.“

5. Dem Wortlaut der Nummer 5 wird folgender Satz vorangestellt:

„Kosten für ordnungsbehördlich angewiesene oder beauftragte Verkehrsregelungsmaßnahmen sind entsprechend laufender Nummer 77 Tarifstelle 2.2 des Kostenverzeichnisses zu erheben.“

6. Die Anlage erhält die aus dem Anhang zu dieser Verwaltungsvorschrift ersichtliche Fassung.

II.

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 3. Februar 2023

Der Staatsminister des Innern
Armin Schuster

Anlage
(zu Nummer 5)**Begleitschein für die Begleitung von Schwerlast- und Großraumtransporten durch die Polizei**

Anschrift Transportunternehmen:

Gesamttransportstrecke:

Firmenbezeichnung - vollständig

Abfahrtsort,
Straße

Straße/Hausnr.

Zielort, Straße

PLZ Ort

Name, Vorname des Transportverantwortlichen lt.
VEMAGS

Unterschrift

Telefon:

VEMAGS-Bescheidnummer

Zugmaschine:

Beginn: km

Auflieger:

Ende: km

amtl. Kennz. der zu begleitenden Zugmaschine / Auflieger Kilometerstände des zu begl. Transportfahrzeugs

1. Begleitabschnitt IVO-Nr.:

Zufahrts-/Standort der Org.einheit (Ort, Straße)	Beginn: km		
	Kilometerstand des polizeilichen Führungsfahrzeuges	Datum	Uhrzeit
Übernahmestelle (Ort, Straße)	Ende: km		
	Kilometerstand des polizeilichen Führungsfahrzeuges	Datum	Uhrzeit

Übernahmestelle (Ort, Straße)	Beginn: km		
	Kilometerstand des polizeilichen Führungsfahrzeuges	Datum	Uhrzeit
Übergabestelle (Ort, Straße)	Ende: km		
	Kilometerstand des polizeilichen Führungsfahrzeuges	Datum	Uhrzeit

Leiter/-in Begleitkommando Polizei	Dienststelle (PD, Org.-einheit)	Begleitfahrzeugtyp (Pkw/Krad)	amtl. Kennzeichen	begleitete Kilometer	Stärke der Fahrzeugbesatzung
Name, Amtsbezeichnung					
Unterschrift		*			
		*			
		*			

*ggf. Begründung:

Übergabestelle (Ort, Straße)	Beginn: km		
	Kilometerstand des polizeilichen Führungsfahrzeuges	Datum	Uhrzeit
Rückfahrts-/Standort der Org.einheit (Ort, Straße)	Ende: km		
	Kilometerstand des polizeilichen Führungsfahrzeuges	Datum	Uhrzeit

Ordnungsbehördlich angewiesene oder beauftragte Verkehrsregelungsmaßnahme

Anzahl eingesetzte Polizeifahrzeuge:	Uhrzeit von:	bis:	Stärke d. Fahrzeugbesatzung:
--------------------------------------	--------------	------	------------------------------

Anzahl eingesetzte Polizeifahrzeuge:	Uhrzeit von:	bis:	Stärke d. Fahrzeugbesatzung:
--------------------------------------	--------------	------	------------------------------

*** (Begründung): Werden zur pol. Begleitung grundsätzlich mehr als zwei Fahrzeuge eingesetzt, ist die Notwendigkeit kurz zu begründen!**
SN Pol 41 / VKÜ

2. Begleitabschnitt IVO-Nr.:

Zufahrts-/Standort der Org.einheit (Ort, Straße)	Beginn:	km		
	Kilometerstand des polizeilichen Führungsfahrzeuges		Datum	Uhrzeit
Übernahmestelle (Ort, Straße)	Ende:	km		
	Kilometerstand des polizeilichen Führungsfahrzeuges		Datum	Uhrzeit

Übernahmestelle (Ort, Straße)	Beginn:	km		
	Kilometerstand des polizeilichen Führungsfahrzeuges		Datum	Uhrzeit
Übergabestelle (Ort, Straße)	Ende:	km		
	Kilometerstand des polizeilichen Führungsfahrzeuges		Datum	Uhrzeit

Leiter/-in Begleitkommando Polizei	Dienststelle (PD, Org.-einheit)	Begleitfahrzeugtyp (Pkw/Krad)	amtl. Kennzeichen	begleitete Kilometer	Stärke der Fahrzeugbesetzung
Name, Amtsbezeichnung					
Unterschrift		*			
		*			
		*			

*ggf. Begründung:

Übergabestelle (Ort, Straße)	Beginn:	km		
	Kilometerstand des polizeilichen Führungsfahrzeuges		Datum	Uhrzeit
Rückfahrts-/Standort der Org.einheit (Ort, Straße)	Ende:	km		
	Kilometerstand des polizeilichen Führungsfahrzeuges		Datum	Uhrzeit

Ordnungsbehördlich angewiesene oder beauftragte Verkehrsregelungsmaßnahme

Anzahl eingesetzte Polizeifahrzeuge:		Uhrzeit von:		bis:		Stärke d. Fahrzeugbesetzung:	
Anzahl eingesetzte Polizeifahrzeuge:		Uhrzeit von:		bis:		Stärke d. Fahrzeugbesetzung:	

Organisationseinheit

(Datum)

An:

Polizeidirektion
Referat 4 Technik/Verwaltung

sachlich richtig: _____
Name, Amtsbezeichnung, Unterschrift

Telefonnummer

(Dienststelle, welche für die Erstellung des Kostenbescheides zuständig ist)

Anlage:

- () Tätigkeitsnachweise lt. IVO
() Checkliste

*** (Begründung): Werden zur pol. Begleitung grundsätzlich mehr als zwei Fahrzeuge eingesetzt, ist die Notwendigkeit kurz zu begründen!**
SN Pol 41 / VKÜ

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Anpassung der Dienstaufwandsentschädigungen nach der Kommunaldienstaufwandsentschädigungsverordnung

Vom 23. Januar 2023

Die Dienstaufwandsentschädigungen nach § 3 Absatz 1 und 2 der Kommunaldienstaufwandsentschädigungsverordnung vom 3. Dezember 1997 (SächsGVBl. S. 679), die zuletzt durch die Verordnung vom 4. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 730) geändert worden ist, werden auf der Grundlage von § 3 Absatz 3 der Kommunaldienstaufwandsentschädigungsverordnung angepasst und betragen ab 1. April 2023:

1. Monatliche Dienstaufwandsentschädigung für Landräte und Beigeordnete
(Anlage 1 zu § 3 Absatz 1 der Kommunaldienstaufwandsentschädigungsverordnung)

Landräte	Beigeordneter, als erster allgemeiner Vertreter	Weitere Beigeordnete
587 Euro	295 Euro	255 Euro

2. Monatliche Dienstaufwandsentschädigung für Bürgermeister und Beigeordnete
(Anlage 2 zu § 3 Absatz 1 der Kommunaldienstaufwandsentschädigungsverordnung)

Einwohnerzahl der Gemeinde	Bürgermeister	Beigeordneter, als erster allgemeiner Vertreter	Weitere Beigeordnete
bis 2 000	258 Euro	–	–
bis 5 000	284 Euro	–	–

bis 10 000	316 Euro	–	–
bis 15 000	361 Euro	187 Euro	–
bis 20 000	447 Euro	213 Euro	–
bis 30 000	471 Euro	237 Euro	–
bis 40 000	503 Euro	266 Euro	220 Euro
bis 60 000	535 Euro	316 Euro	252 Euro
bis 100 000	573 Euro	330 Euro	266 Euro
bis 250 000	637 Euro	378 Euro	297 Euro
bis 500 000	676 Euro	402 Euro	322 Euro
über 500 000	810 Euro	423 Euro	337 Euro

3. Monatliche Dienstaufwandsentschädigung für Verbandsvorsitzende von Verwaltungsverbänden
(Anlage 3 zu § 3 Absatz 1 der Kommunaldienstaufwandsentschädigungsverordnung)

Summe der Einwohnerzahlen der Mitgliedsgemeinden des Verwaltungsverbandes	Verbandsvorsitzender
bis 5 000	137 Euro
bis 7 500	151 Euro
über 7 500	170 Euro

4. Die Dienstaufwandsentschädigung für die in § 1 Satz 2 der Kommunaldienstaufwandsentschädigungsverordnung aufgeführten Amtsträger beträgt monatlich 187 Euro.

Dresden, den 23. Januar 2023

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Jörg Weihe
Referatsleiter

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
über die Anpassung der Aufwandsentschädigungen
nach § 155a Absatz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes**

Vom 23. Januar 2023

Die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Bürgermeister nach § 155a Absatz 2 Satz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, werden auf der Grundlage von § 155a Absatz 2 Satz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes angepasst und betragen ab 1. April 2023 monatlich in Gemeinden

1. bis zu 500 Einwohnern 1 215 Euro,
2. über 500 bis zu 1 000 Einwohnern 2 429 Euro,

3. über 1 000 bis zu 2 000 Einwohnern 2 603 Euro,
4. über 2 000 bis zu 3 000 Einwohnern 2 777 Euro,
5. über 3 000 bis zu 4 000 Einwohner 2 948 Euro und
6. über 4 000 Einwohnern 3 122 Euro.

Die Aufwandsentschädigungen der ehrenamtlichen Ortsvorsteher nach § 155a Absatz 3 Satz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes erhöhen sich unter Bezugnahme auf die für die ehrenamtlichen Bürgermeister angepassten und in Satz 1 dieser Bekanntmachung genannten Beträge entsprechend.

Dresden, den 23. Januar 2023

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Jörg Weihe
Referatsleiter

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums des Innern
über die Anpassung des Ehrensoldes
nach § 155b Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes**

Vom 23. Januar 2023

Der Ehrensold nach § 155b Absatz 1 Satz 1 des Sächsischen Beamtengesetzes vom 18. Dezember 2013 (SächsGVBl. S. 970, 971), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert

worden ist, wird auf der Grundlage von §§ 155a Absatz 2 Satz 2 in Verbindung mit § 155b Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Beamtengesetzes angepasst und beträgt ab 1. April 2023 monatlich 215 Euro.

Dresden, den 23. Januar 2023

Sächsisches Staatsministerium des Innern
Jörg Weihe
Referatsleiter

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Bekanntmachung des Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung über einen Aufruf zur Interessenbekundung zur Förderung von „Orten der Demokratie“ nach der Förderrichtlinie Orte des Gemeinwesens

Vom 9. Februar 2023

1. Vorbemerkung

Im Koalitionsvertrag 2019 bis 2024 „Gemeinsam für Sachsen“ wurde die Etablierung von „Sozialen Orten“ und „Orten der Demokratie“ als „Orte des Gemeinwesens“ vereinbart.

Ziel ist die Stärkung des Gemeinwesens und der demokratischen Praxis sowie die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Orte der Demokratie sollen das demokratische Gemeinwesen insbesondere im ländlichen Raum stärken. Mit der Förderung sollen vornehmlich lokale Gruppen darin unterstützt werden, Orte der Demokratie und des demokratischen Austausches zu schaffen, fortzuführen oder auszubauen.

Aufgrund des Sachzusammenhangs und der gemeinsamen Zielrichtung sind die Landesprogramme „Soziale Orte“ (umgesetzt durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt) und „Orte der Demokratie“ (umgesetzt durch das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung) in einer gemeinsamen Förderrichtlinie verankert worden.

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung ruft mit dieser Bekanntmachung zur Einreichung von Interessenbekundungen **ausschließlich für den Teil 2, Abschnitt B „Landesprogramm Orte der Demokratie“** der FRL Orte des Gemeinwesens auf.

Für Abschnitt A „Landesprogramm Soziale Orte“ erfolgen gesonderte Bekanntmachungen durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

2. Anlass der Förderung

Die Stärkung und Erweiterung außerschulischer politischer Bildung ist eine wichtige Maßnahme in der strategischen Bekämpfung von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, insbesondere von Rechtstextremismus als aktuell größte Bedrohung im Freistaat Sachsen.

Politische Auseinandersetzungen finden zunehmend nicht mehr nur friedlich statt. „Teilhabe“ wird immer wieder so

missverstanden, dass jede Meinung, auch jenseits der demokratischen Werteordnung, unbedingt gehört und akzeptiert werden muss. Das Beharren auf der eigenen Position und der Anspruch, diese durchzusetzen, führen teilweise zu verbal aggressivem Auftreten, unter anderem gegenüber Politik, Medien, Polizei, Wissenschaft, sowie Engagierten der Zivilgesellschaft. Vertiefte Erfahrungen mit demokratischen Instrumenten sowie das Erproben und Anwenden demokratischer Praktiken sind in Bevölkerungsteilen zu wenig vorhanden.

Auch fehlt es an Räumen und Orten, in denen politische und lebensweltliche Perspektiven aufeinandertreffen und vermittelt werden können. Sogenannte „Dritte Orte“, die sowohl außerhalb des Öffentlichen als auch des Privaten stehen und den Austausch verschiedener Interessen und Ansichten ermöglichen, sind knapp geworden oder fehlen ganz. Dies gilt – bedingt durch den demografischen Wandel – ganz besonders für Kleinstädte und den ländlichen Raum.

„Orte der Demokratie“ sollen daher Räume schaffen oder wiederbeleben, in denen sich Menschen aus allen Bevölkerungs- und Altersgruppen, mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, politischer Überzeugungen und Herkunft konstruktiv versammeln, um sich zu vernetzen, eigene Themen voranzubringen, demokratisch zu streiten und ihre Interessen im „Ort der Demokratie“ einzubringen und umzusetzen. Die intensive Nutzung digitaler Möglichkeiten und Methoden unterstützt darüber hinaus die Einbindung von Menschen, die nicht vor Ort sein können, einen bundesweiten und internationalen Austausch sowie die Mitwirkung in überregionalen Netzwerken.

3. Grundlage der Förderung

Zuwendungszweck und Fördergegenstand sowie die Voraussetzungen und das Verfahren für die Förderung richten sich nach der Förderrichtlinie Orte des Gemeinwesens vom 22. Juni 2021 (SächsABl. S. 874), die durch die Richtlinie vom 28. November 2022 (SächsABl. S. 1447) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2021 (SächsABl. SDR. S. S 230), insbesondere nach Abschnitt B „Landesprogramm Orte der Demokratie“.

Ergänzende Informationen sind auf der Website des Fachbereichs Demokratie im SMJusDEG, www.demokratie.sachsen.de, ab dem 1. März 2023 abrufbar.

4. Fördergegenstand

Gefördert werden Maßnahmen, die der Gestaltung und dem Ausbau von „Orten der Demokratie“ dienen. „Orte der Demokratie“ werden insbesondere durch die folgenden Merkmale charakterisiert:

- a) Sie dienen der Begegnung, dem Austausch und der Vernetzung gemischter Zielgruppen untereinander und miteinander. Gemischte Zielgruppen zeichnen sich durch hohe Heterogenität aus und bilden die Gesellschaft vor Ort in möglichst großer Breite ab.
- b) Sie ermöglichen Diskussionen, Debatten und Meinungsbildung zu den vor Ort relevanten Themen.
- c) Es werden gemischte Zielgruppen begleitet und unterstützt, um Methoden und Praktiken der politischen Debatte und Meinungsbildung zu erproben, anzuwenden und zu vertiefen, um so demokratische Kompetenzen zu erweitern.
- d) Sie stehen als Orte für demokratiebezogene Maßnahmen und Maßnahmen politischer Bildung zur Verfügung. Die geschaffenen Räume stehen nach Möglichkeit auch anderen Nutzerinnen, Nutzern und Nutzergruppen für deren selbstorganisierte Prozesse demokratischer Praxis zur Verfügung.
- e) Sie sind an den lokalen und gemeinwesenorientierten Erfordernissen ausgerichtet und in lokale oder regionale Netzwerke eingebunden.

5. Wer wird gefördert?

Gefördert werden können Vorhaben in Trägerschaft

- a) gemeinnütziger Vereine, Verbände und gemeinnütziger Gesellschaften, die juristische Personen des Privatrechts sind, oder
- b) juristischer Personen des öffentlichen Rechts außerhalb der Staatsverwaltung des Freistaates Sachsen.

6. Wie wird gefördert?

- a) Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines Zuschusses gewährt. Maßnahmen können mit einer maximalen Dauer von bis zu drei Jahren bewilligt werden. Aus haushalterischen Gründen wird die Zuwendung grundsätzlich in Jahresscheiben ausgereicht.
- b) Die maximale Zuwendungshöhe beträgt grundsätzlich 100 000 Euro pro Jahr. Der Fördersatz beträgt bis zu 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, in begründeten Ausnahmefällen bis zu 100 Prozent. Bezüglich der Vollfinanzierung hat der Zuwendungsempfänger nachzuweisen, dass die Erbringung des Eigenanteils wegen fehlender Eigenmittel unmöglich und die Erbringung von unbaren Leistungen unzumutbar ist.
- c) Zuwendungsfähig sind projektbezogene Personal- und Sachausgaben.
- d) Investitionen können gefördert werden, wenn sie zur Gestaltung eines Ortes der Demokratie zwingend notwendig sind. Darüber entscheidet die Bewilligungsstelle. Zuwendungsfähig sind grundsätzlich Instandsetzung, Modernisierung und Erneuerung (Umbau beziehungsweise Ausbau) von Gebäuden sowie notwendige Ausstattung für den Ort der Demokratie, insbesondere die für Digitalisierungsprozesse notwendige technische Ausstattung bis zu einer Höhe von 100 000 Euro je Maßnahme, jedoch nicht mehr als 35 Prozent der Gesamtzuwendung.
- e) Der Eigenanteil im Projekt kann durch projektbezogene unbare Leistungen des Zuwendungsempfängers erbracht werden. Diese können als Arbeitsleistungen

in Form von unbezahlten freiwilligen Arbeitsstunden erfolgen; die Stundenbewertung entspricht der Höhe des jeweils gültigen Mindestlohns. Der Wert der unbaren Leistungen darf 5 000 Euro pro Maßnahme nicht übersteigen und muss im Einzelnen in der Antragstellung und im Verwendungsnachweisverfahren dargestellt werden.

7. Verfahren

Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung fordert interessierte Projektträger auf, ihr Interesse an einer Förderung nach der FRL-Orte des Gemeinwesens, Teil 2 Abschnitt B Landesprogramm „Orte der Demokratie“, durch ein entsprechendes Projektkonzept zu bekunden.

7.1 Interessenbekundungen auf Grundlage dieser Bekanntmachung sind **vom 1. März 2023 bis zum 18. April 2023** vollständig bei der Bewilligungsstelle Sächsische Aufbaubank – Förderbank (SAB) ausschließlich über das Förderportal einzureichen: <https://www.sab.sachsen.de/orte-der-demokratie-als-orte-des-gemeinwesens>. Ein verspäteter Eingang der Interessenbekundung führt zum Ausschluss aus dem Interessenbekundungsverfahren. Individuelle Fristverlängerungen oder das Nachreichen von Unterlagen sind ausgeschlossen.

7.2 Für die Interessenbekundung sind die Vorlagen der Bewilligungsstelle zu verwenden. Die entsprechenden Formulare werden im Förderportal bereitgestellt. Neben Angaben zum Antragsteller sind eine strukturierte Vorhabenbeschreibung (circa 5 bis 8 Seiten) entsprechend der Gliederung im Dokument „Vorhabenbeschreibung“ einzureichen. Darüber hinaus sind die geplanten Ausgaben sowie die geplante Finanzierung für den gesamten Vorhabenzeitraum im Formular der Bewilligungsstelle darzustellen.

7.3 Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgt in einem zweistufigen Auswahlverfahren: Die eingereichten Interessenbekundungen werden entsprechend der unter 7.6. genannten Kriterien durch das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung bewertet und priorisiert. Das Sächsische Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung hat im Rahmen seiner fachlichen Prüfung die Stellungnahme eines Beirates einzuholen. Das Ergebnis der fachlichen Prüfung wird der Bewilligungsstelle übermittelt.

7.4 Auf Basis dieser Bewertung und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel fordert die Bewilligungsstelle einzelne Maßnahmenträger auf, in einem zweiten Schritt einen formalen Antrag für das Vorhaben einzureichen. Eine Frist, bis zu der der Antrag einzureichen ist, wird mit der Aufforderung zur Antragstellung bekannt gegeben.

7.5 Vor der Entscheidung zur Aufforderung zur Antragstellung wird den kommunalen Behörden Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme gegeben.

7.6 Kriterien der Gewichtung

Für eine bessere Vergleichbarkeit werden Kriterien zur Gewichtung festgelegt. Diese bemessen sich wie folgt:

- 50 Prozent: Inhaltliches Konzept, insbesondere unter Betrachtung folgender Faktoren: Beschreibung von Zielen und adäquaten Maßnahmen; Kompetenz/Potenzial zur Erreichung gemischter Zielgrup-

- pen; Darstellung der Notwendigkeit für einen „Ort der Demokratie“ (Situationsanalyse); Methodenkompetenz, insbesondere Methoden politischer Bildung, digitale Methoden, Narrative, Ansätze
 - 30 Prozent: Vernetzungspotenzial: Kompetenzen und Potenziale, Zielgruppen zu vernetzen, themenzentrierte Netzwerke zu fördern und zu begleiten; Akzeptanz vor Ort; Einbindung marginalisierter Perspektiven und Personen; Einbindung und Stärkung ehrenamtlichen Engagements
 - 20 Prozent: Eignung des Trägers sowie des vorgesehenen Personals und Angemessenheit des Finanzierungskonzepts, Potenzial Weiterentwicklung und Kompetenz für Öffentlichkeitsarbeit
- In die Auswahl der Vorhaben, die zur Antragstellung aufgefordert werden, wird darüber hinaus auch die regionale Verteilung der Vorhaben einbezogen, insbesondere unter Berücksichtigung bereits geförderter „Orte der Demokratie“. Zudem wird eine Trägervielfalt angestrebt.

Dresden, den 9. Februar 2023

Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Dr. Andrea Blumtritt
Abteilungsleiterin

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über einen Teilnahmewettbewerb Koordinierungsstelle des „Landesprogramms alltagsintegrierte sprachliche Bildung“ in der Kindertagesbetreuung Sachsen

Vom 10. Februar 2023

I. Hintergrund

Sprachkompetenzen sind Schlüsselkompetenzen in der Wissensgesellschaft für die persönliche Entwicklung und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Damit steigen die Anforderungen auch an die frühe sprachliche Bildung. Der Anteil der Kinder im Freistaat Sachsen, die vor ihrer Einschulung aufgrund von Auffälligkeiten im sprachlichen Bereich Benachteiligungen beziehungsweise Entwicklungsrisiken aufweisen, ist weiterhin sehr hoch und in Folge der Corona-Pandemie angestiegen.

Frühe Bildung und Förderung sind die Grundlage für Chancengerechtigkeit von Kindern. Ein wesentlicher Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit liegt in der nachhaltigen Entwicklung pädagogischer Praxis und Qualität im Bereich der sprachlichen Bildung in Kindertageseinrichtungen sowie Kindertagespflegestellen. Notwendig dafür sind in erster Linie eine professionelle Qualifizierung, Unterstützung und Begleitung der pädagogisch tätigen Personen sowie das Schaffen von Gelingensbedingungen vor Ort für eine gute sprachliche Bildung.

Im Rahmen des Landesprojektes „Landeskompetenzzentrum zur sprachlichen Bildung und Förderung an Kindertageseinrichtungen in Sachsen (LakoS)“ und des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ wurden bereits wichtige Impulse zur Stärkung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildungsarbeit in Kindertageseinrichtungen gesetzt und Erfahrungen gewonnen.

Durch die zum 30. Juni 2023 beschlossene Beendigung des Bundesprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ sind die Länder gefordert, Maßnahmen und Inhalte in geeigneter Weise und in eigener Verantwortung weiterzuführen. Ziel der sächsischen Staatsregierung ist es, dass durch ein abgesichertes Landesprogramm alle sächsischen Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen von dieser Förderung profitieren, um die alltagsintegrierte sprachliche Bildung der betreuten Kinder noch stärker in den Fokus der pädagogischen Arbeit zu rücken.

Als wesentliche strukturelle Neuerung sieht das „Landesprogramm alltagsintegrierte sprachliche Bildung“ in Sachsen vor, dezentral in den Landkreisen und Kreisfreien Städten angebundene „Sprachmentorinnen und Sprachmentoren“ zu fördern. Um die besondere Rolle der zusätzlichen Personalstellen effektiv und nachhaltig zu gestalten, werden die in allen Gebietskörperschaften geförderten Vorhaben durch eine externe Koordinierungsstelle fachlich im Prozess begleitet und unterstützt.

Dies sind wesentliche Schritte hin zur Intensivierung sprachlicher Bildung in Angeboten der Kindertagesbetreuung und zur weiteren, nachhaltigen Professionalisierung der pädagogischen Fachkräfte.

Das übergeordnete Ziel des Programms liegt in der Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung und der Kindertagespflege durch die:

- Stärkung des Systems früher Bildung mit Hilfe von regional geförderten „Sprachmentorinnen und Sprachmentoren“,
- Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte im Themenfeld „alltagsintegrierte sprachliche Bildung und Gesundheitsbildung“,
- fachliche Unterstützung und Begleitung der Kita-Teams und Kindertagespflegepersonen sowie der Weiterentwicklung der Träger- beziehungsweise Einrichtungskonzeptionen im Themenbereich der sprachlichen Bildung sowie der Gesundheitsbildung.

II. Gegenstand der Bekanntmachung und Ziele der Förderung

Ziel der Bekanntmachung ist es, eine Koordinierungsstelle auf Grundlage der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Verbesserung der Qualität und Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (Richtlinie KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserung – RL KiTa-QuTVerb) zu initiieren.

Die Koordinierungsstelle wird zur fachlichen Begleitung und Unterstützung der Sprachmentorinnen und Sprachmentoren, welche in allen Landkreisen und Kreisfreien Städten künftig tätig sein werden, eingerichtet. Außerdem dient sie als Bindeglied zwischen vorhandenen Strukturen, Projekten und Maßnahmen zur Gesamthematik.

Die Programmlaufzeit ist zunächst vom 1. Mai 2023 bis 30. Juni 2025 geplant. Eine Fortführung ist unter Vorbehalt der verfügbaren Haushaltsmittel vorgesehen.

III. Aufgaben der Koordinierungsstelle

- Aufgaben der Koordinierungsstelle sind insbesondere:
- zentraler Ansprechpartner für die regional verorteten Sprachmentorinnen und Sprachmentoren zu sein; hierzu sind eine regionale Begleitung der Sprachmentorinnen und Sprachmentoren vor Ort sowie bedarfsbezogene digitale Formate aufzubauen

- Zusammenwirken mit Akteuren, Maßnahmen und Projekten zur Sprach- und Gesundheitsbildung, die das Landesprogramm ergänzen
- Steuerung des überregionalen Austauschs der Sprachmentorinnen und Sprachmentoren zum effektiven Austausch und zur Vernetzung untereinander; hierzu zählen unter anderem Reflexionsgruppen und regionale Netzwerktreffen unter Einbezug weiterer programmrelevanter Akteure
- regelmäßiger Austausch mit den Landkreisen und Kreisfreien Städten als zuständige Gebietskörperschaften
- Erstellung und Weiterentwicklung von Instrumenten zur Ermittlung und Priorisierung von Unterstützungsbedarfen der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegepersonen im Handlungsfeld der alltagsintegrierten sprachlichen Bildungsarbeit und der Gesundheitsbildung, insbesondere Entwicklung eines Selbsteinschätzungsbogens und Erhebung des Unterstützungsbedarfs in Zusammenarbeit mit den Sprachmentorinnen und Sprachmentoren
- Sicherung der Implementierung programmrelevanter Angebote und Materialien zur sprachlichen Bildung vor Ort durch die Sprachmentorinnen und Sprachmentoren
- fachliche und individuelle Beratung und Begleitung der Sprachmentorinnen und Sprachmentoren in den von ihnen angeregten Entwicklungsprozessen zu programmrelevanten Themen
- fachliche Zuarbeiten an das Sächsische Staatsministerium für Kultus
- Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus

Die Koordinierungsstelle übernimmt zudem Aufgaben des programmbegleitenden wissenschaftlichen Monitorings und der landesweiten Evaluation. Hierzu zählen:

- Vorhabenevaluation unter Nutzung quantitativer und qualitativer Zugänge zur Darstellung der Handlungspraxis sowie von Prozessen alltagsintegrierter sprachlicher Bildung sowie Gesundheitsbildung, mit besonderem Fokus auf die Mundgesundheit, in Kitas und Kindertagespflegestellen sowie dahinterliegenden beziehungsweise erklärenden Indikatoren
- Analyse und systematische Aufbereitung von Materialien und Dokumenten mit Aussagen zur Umsetzungspraxis und deren Wirkung
- Entwicklung und Dokumentation relevanter Sequenzen beziehungsweise Schlüsselsituationen im Programmverlauf
- jährliche Erstellung von Berichten über die Tätigkeiten und Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung sowie über Evaluationsergebnisse und Ableiten von Handlungsempfehlungen daraus unter Einbezug des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus
- Erhebung und Zuleitung von Daten für den Fortschrittsbericht des Bundes zur Mittelverwendung aus dem Kita-Qualitätsgesetz für die Jahre 2023 und 2024; die Indikatoren hierfür werden vom Sächsischen Staatsministerium für Kultus vorgegeben

Mit den Landkreisen und Kreisfreien Städten in ihrer Funktion als Träger der öffentlichen Jugendhilfe und den jeweiligen Gesundheitsämtern des öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere den Kinder- und Jugendärztlichen sowie Kinder- und Jugendzahnärztlichen Diensten sowie dem LakoS und der Konzeptentwicklungsstelle für die Voraussetzungen guter sprachlicher Bildung sind kontinuierliche und intensive Kooperationen für die Programmumsetzung erforderlich. Hierzu sind Kooperationsvereinbarungen abzuschließen. Verantwortlich ist die Koordinierungsstelle.

IV.

Anforderungen an den Vorhabenträger (Zuwendungsempfänger) und weitere Zuwendungsvoraussetzungen

Zuwendungsempfänger können die nachfolgend genannten Organisationsformen sein, die in geeigneter Weise aufzeigen, dass sie aufgrund ihrer Erfahrungen und Kompetenzen in der Lage sind, ein Vorhaben der genannten Art umzusetzen:

- juristische Personen des öffentlichen Rechts,
- juristische Personen des Privatrechts,
- rechtsfähige Personengesellschaften

Von dem Vorhabenträger werden insbesondere erwartet:

- Erfahrungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere im Bereich Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen, im Besonderen auf dem Gebiet der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung sowie der Gesundheitsbildung und Gesundheitsförderung in Kindertageseinrichtungen
- Erfahrungen mit der Evaluation und dem Monitoring von Vorhaben, insbesondere die Anwendung von qualitativen und quantitativen Methoden der empirischen Sozialforschung

Die personelle Ausstattung der Koordinierungsstelle soll wie folgt veranschlagt werden:

- 1 VZÄ Vorhabenleitung
- 1 VZÄ Wissenschaftlicher Mitarbeiter/wissenschaftliche Mitarbeiterin
- 3 VZÄ Mitarbeiter/Mitarbeiterin
- 0,5 VZÄ Hilfskraft

Ein VZÄ entspricht hierbei 40 Stunden pro Woche.

Die von dem Vorhabenträger für die Koordinierungsstelle anzustellenden Personen sollen über eine der nachfolgend aufgeführten Berufsqualifikationen verfügen:

- Hochschulabschluss aus dem sozialpädagogischen oder pädagogischen Bereich,
- Hochschulabschluss aus dem Bereich der Sprachheilpädagogik, oder vergleichbare Abschlüsse,
- Hochschulabschluss aus dem Bereich der Sozialwissenschaften,
- Hochschulabschluss aus dem Bereich der Psychologie,
- Hochschulabschluss aus dem Bereich der Sprachwissenschaften,
- Hochschulabschluss aus dem Bereich Public Health, Gesundheitswissenschaften, oder vergleichbare Abschlüsse

Davon ausgenommen ist die Stelle der Hilfskraft.

Zur umfassenden und zielführenden Umsetzung des Vorhabens wird die Zusammenstellung eines multiprofessionellen Teams erwartet. Das heißt, dass mindestens eine Person der Koordinierungsstelle einen der oben beschriebenen Abschlüsse aus dem Bereich „Sprache“ und eine Person einen der oben beschriebenen Abschlüsse aus dem Bereich „Gesundheit“ besitzt. Die restliche Zusammenstellung des Teams obliegt dem Vorhabenträger.

Die einzusetzenden Personen sollen zudem über eine mindestens zweijährige Berufserfahrung in den Bereichen Beratung, Coaching, Erwachsenenbildung oder Ähnliches im Praxisfeld der Kindertageseinrichtungen sowie möglichst über spezielle Kenntnisse im Bereich der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung und/oder Gesundheitsbildung verfügen.

Es wird erwartet, dass alle Mitarbeitenden der Koordinierungsstelle an einer Multiplikatorenschulung zum LandesCurriculum zur sprachlichen Bildung (LaCusBi) bei LakoS teilnehmen. Die Details zur Schulung werden nach Zuschlagserteilung zwischen dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus und dem Zuwendungsempfänger erörtert. Die Kosten für die Schulung trägt das Sächsische Staatsministerium für Kultus.

V.

Gliederung und Inhalte des Vorhabenvorschlages

Die ausführliche Vorhabenbeschreibung zum Vorhabenvorschlag soll maximal 15 Seiten DIN A4, gegebenenfalls zuzüglich Anlagen (zum Beispiel bei umfangreichen Tabellen), umfassen.

Der Vorhabenvorschlag muss nachvollziehbar und vollständig sein und die Vorhabebeschreibung muss in Ergänzung mindestens Angaben zu folgenden Punkten enthalten:

a) Angaben zum Träger

- Beschreibung der fachlichen Kompetenzen und Erfahrungen, einschließlich Publikationsliste, sofern vorhanden
- Darstellung der Kompetenzen im Projektmanagement
- Darstellung der räumlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen
- kurze Darstellung bestehender fachbezogener und sonstiger Netzwerke und/oder Kooperationen
- Beschreibung des Umfangs und der Qualifikationen und Eignung des Personals, das in diesem Vorhaben tätig werden soll

b) Angaben zum Vorhaben

- ausführliche Darstellung zur Untersetzung und Erreichung der Vorhabenziele
- Darstellung des Vorhabenverlaufs, der geplanten Maßnahmen und Arbeitsschritte mit Bezug zu den Aufgaben (Meilensteinplan)
- Beschreibung der Maßnahmen zur Qualitätssicherung und zur Steuerung der Zusammenarbeit mit den geförderten Gebietskörperschaften und Sprachmentorinnen und Sprachmentoren sowie anderen Partnern im Landesprogramm
- Aussagen zur Sicherung der Anschlussfähigkeit bei Weiterführung über den Förderzeitraum hinaus, insbesondere bezüglich der geschaffenen Strukturen/Netzwerke und der erarbeiteten Qualitätsstandards
- Umsetzung der Begleitevaluation sowie Strategien zur Erhebung und Zuleitung der erforderlichen Daten an das Sächsische Staatsministerium für Kultus zum Fortschrittsbericht des Bundes

c) Angaben zu den Ausgaben des Vorhabens

- Personalausgaben, einschließlich Personalausgaben des Projektmanagements
- Reisekosten
- Ausgaben für Fremdleistungen externer Partner
- Ausgaben für Verbrauchsmaterial und die Nutzung von Ausstattungsgegenständen (in der Regel AfA oder Miete/Leasing)
- Mietkosten für Räume
- Ausgaben für die Verwaltung
- Ausgaben für die Durchführung der Fachveranstaltungen, Netzwerk- und Reflexionstreffen sowie Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit

- Darstellung der Gesamtausgaben (Kostenschätzung) bezogen auf die gesamte Laufzeit des Vorhabens und die Verteilung auf die einzelnen Jahrescheiben

Vorhaben werden mit bis zu 100 Prozent der förderfähigen Ausgaben bezuschusst.

Interessenten reichen ihren Vorhabenvorschlag vollständig

bis 23. März 2023 (Posteingang)

unter poststelle@smk.sachsen.de mit dem Betreff „Koordinierungsstelle Landesprogramm alltagsintegrierte sprachliche Bildung“

**im Sächsischen Staatsministerium für Kultus
Carolaplatz 1
01097 Dresden**

ein.

Es handelt sich um eine Ausschlussfrist, verspätet eingegangene Vorhabenvorschläge können nicht berücksichtigt werden.

VI.

Verfahrensablauf

Es ist folgender Verfahrensablauf vorgesehen:

Phase 1:

Erarbeitung und Einreichung der Vorhabenvorschläge bis zum 23. März 2023 im Sächsischen Staatsministerium für Kultus, Carolaplatz 1, 01097 Dresden.

Phase 2:

Bewertung der Vorhabeneingänge und Auswahl des favorisierten Vorschlags erfolgt in Abstimmung zwischen dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus und dem Kommunalen Sozialverband Sachsen.

Phase 3:

Am 30. März 2023 erfolgt die Mitteilung der Auswahlentscheidung durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus an alle Bewerber. Der Bewerber des ausgewählten Vorhabenvorschlags erhält die Aufforderung zur Einreichung eines (formgebundenen) Antrages.

Phase 4:

Einreichung des Vorhabenantrags spätestens bis zum 1. Mai 2023 beim Kommunalen Sozialverband Sachsen. Prüfung des Antrages und Entscheidung über die Bewilligung durch den Kommunalen Sozialverband Sachsen.

Phase 5:

Der Vorhabenbeginn ist frühestens ab dem 1. Mai 2023 möglich.

Ein förderunschädlicher Beginn ist mit Antragstellung, frühestens jedoch zum 1. Mai 2023 möglich. Der Antragsteller trägt jedoch das Risiko, die Zuwendung nicht, nicht in der beantragten Höhe oder nicht zu dem beantragten Zeitpunkt zu erhalten.

VII.
Auswahl und Bewertungskriterien

Die Auswahl wird durch eine Jury vorgenommen, die insbesondere folgende Schwerpunkte beurteilt:

1. Ziele des Vorhabens (20 Prozent)
2. Zielerreichung, Arbeitsschritte (30 Prozent)
3. Ergebnisse und Dokumentation (20 Prozent)
4. Eignung des Antragstellers (fachliche Kompetenzen und Erfahrungen) (15 Prozent)
5. Gesamtausgaben, Fördersumme, Wirtschaftlichkeit (15 Prozent)

Dresden, den 10. Februar 2023

Sächsisches Staatsministerium für Kultus
Dr. Wolfram
Referatsleiterin

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Maßnahmenkatalog des Freistaates Sachsen zum Erhalt und zur Zucht von gesunden und resistenten Bienenvölkern

Vom 3. Februar 2023

I.

Zuwendungszweck und Rechtsgrundlagen

1. Zuwendungszweck

Das primäre Ziel des Maßnahmenkataloges für den Freistaat Sachsen ist der Erhalt und die Zucht von gesunden und resistenten Bienenvölkern sowie darüber hinaus die Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen für Bienenzuchterzeugnisse. Mit den einzelnen Maßnahmen sollen die Erzeugung von Honig und anderen Imkereierzeugnissen gesichert und gesteigert sowie eine flächendeckende Bienenhaltung erhalten und die Vermehrung von gesunden Bienenvölkern erzielt werden. Dabei soll die imkerliche Praxis der Imkernden durch Wissensvermittlung und Beratung verbessert, Bienenkrankheiten eingedämmt und die Zucht von resistenten Bienen befördert werden, um die Zahl der Bienenvölker und der Imkernden zu steigern sowie die Bestäubungsleistung der Honigbienen als wichtigen Beitrag zur Ertragssicherheit landwirtschaftlicher Nutzpflanzen und Artenvielfalt zu sichern.

2. Rechtsgrundlagen

Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013,

Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 2. Dezember 2021 über die Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013,

Durchführungsverordnung (EU) 2021/2290 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Vorschriften für die Methoden zur Berechnung der gemeinsamen Output- und Ergebnisindikatoren gemäß Anhang I der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates mit Vorschriften für die Unterstützung der von den Mitgliedstaaten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu erstellenden und durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu finanzierenden Strategiepläne (GAP-Strategiepläne) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013,

Delegierte Verordnung (EU) 2022/126 der Kommission vom 7. Dezember zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2021/2115 des Europäischen Parlaments und des Rates um zusätzliche Anforderungen für bestimmte, von den Mitgliedstaaten in ihren GAP-Strategieplänen für den Zeitraum 2023 bis 2027 gemäß der genannten Verordnung festgelegte Interventionskategorien sowie um Vorschriften über den Anteil für den Standard für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ-Standard) Nr. 1,

Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 der Kommission vom 21. Dezember 2021 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EU) 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Zahlstellen und anderen Einrichtungen, der Finanzverwaltung, des Rechnungsabschlusses, der Kontrollen, der Sicherheiten und der Transparenz,

GAP Strategieplan für Deutschland inklusive der Interventionsbeschreibungen für die Interventionen gemäß Artikel 55 der VO (EU) 2021/2115,

Honigverordnung vom 16. Januar 2004 (BGBl. I S. 92), die zuletzt durch Artikel 10 der Verordnung vom 5. Juli 2017 (BGBl. I S. 2272) geändert worden ist,

Zuständigkeitsverordnung Landwirtschaft/Forsten/Genetechnik vom 8. August 2013 (SächsGVBl. S. 757), die zuletzt durch Verordnung vom 28. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 21) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

II.

Gegenstand der Förderung

Auf der Grundlage des Artikels 55 der Verordnung (EU) 2021/2115 in Verbindung mit dem GAP Strategieplan für Deutschland wurden folgende Maßnahmen in die Förderung der Imkerei im Freistaat Sachsen aufgenommen:

1. Aufbau, Verbesserung und Verbreitung imkerlichen Wissens

- a) Schulung und Fortbildung auf Vereins-, Landes- und überregionaler Ebene, darunter auch Multiplikator- und Bienensachverständigenschulungen, insbesondere zu den Themenbereichen:
 - Bienenseuchen/Varroosebekämpfung,
 - Bienengesundheit,
 - Zucht leistungsfähiger varroatoleranter Bienenherkünfte,
 - Honigerzeugung, -gewinnung und -vermarktung,
 - Bienenhaltung/Bienenwanderung,
 - Qualitätsbestimmung/Honiguntersuchung,
 - angewandte Forschung,

- Nachwuchswerbung und -gewinnung,
 - Honigbienenschutz.
 - b) Beschaffung, Erstellung, Aktualisierung und Verbreitung von Schulungsmaterialien,
 - c) Beratung/Betreuung von Imkernden, die ihren Wohnsitz und ihre Bienenhaltung im Freistaat Sachsen haben.
2. Investitionen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung und des Arbeits- und Gesundheitsschutzes
- a) Einrichtung und Modernisierung von Lehrbienenständen zur Schulung und Fortbildung der Imkernden und anderer Interessenten,
 - b) Ausstattungen zur Einrichtung und Verbesserung der Bienenhaltung/Gesundheit/Zucht und der Gewinnung und Herstellung von Bienenzuchterzeugnissen sowie für die Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zur gemeinschaftlichen Nutzung.
3. Qualitäts- und Reinheitsuntersuchungen
- Qualitäts- und Reinheitsuntersuchungen umfassen Qualitäts- und Sortenbestimmungen, Untersuchungen auf Rückstände in Bienenzuchterzeugnissen sowie zu Bienenverlusten, Ertragseinbrüchen und zu potenziellen Giftstoffen und die Prüfung auf Verfälschungen von Handels-Mittelwänden aus Bienenwachs. Die Untersuchung von Bienenverlusten schließt die Analyse von Bienenviren ein.
4. Bienenvölkervermehrung/-erhaltung und Bienenzucht
- a) Beschaffung tierarzneimittelrechtlich zugelassener Behandlungsmittel und dazugehöriger Applikatoren und Sachausgaben für biotechnische Maßnahmen zur Bekämpfung von Bienenstockfeinden und -krankheiten,
 - b) Kosten für Vorhaben zur Erhaltung und Zucht regional angepasster oder varroatoleranter Bienen einschließlich Leistungsprüfung.
5. Durchführung und Anwendung von Forschungsprojekten
- Die Förderung erfolgt auf der Grundlage der Ländervereinbarung zur Durchführung der gemeinsamen Finanzierung von Projekten des Länderinstitutes für Bienenkunde Hohen Neuendorf e. V.

III. Begünstigte

Begünstigte sind:

- a) für Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a und b, Nummer 2, Nummer 3 und Nummer 4 Buchstabe b der Landesverband Sächsischer Imker e. V., der Landesverband Sächsischer Buckfastimker e. V., der Landesverband Sachsen Varroaresistenzucht e. V. und die Sächsische Tierseuchenkasse.
- b) für Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe c und Nummer 3 Bildungseinrichtungen im Freistaat Sachsen
- c) für Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 4 Buchstabe a die Sächsische Tierseuchenkasse
- d) für Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 5 das Länderinstitut für Bienenkunde Hohen-Neuendorf e. V.

IV. Zuwendungsvoraussetzungen

Die Nutzung der nach Ziffer II Nummer 2 geförderten Geräte und Ausrüstungsgegenstände ist für nachweislich fünf Jahre zu sichern. Es werden ausschließlich neue imkerliche Gerätschaften und Ausrüstungsgegenstände gefördert.

Die Doppelförderung von Maßnahmen mit anderen EU-, Bundes- oder Landesmitteln ist auszuschließen.

Untersuchungen nach Ziffer II Nummer 3 müssen in einem zertifizierten Labor, im Fall von Untersuchungen auf Tierseuchen und anderen Tierkrankheiten bei der Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen Sachsen erfolgen.

V. Art und Umfang, Höhe der Förderung

1. Zuwendungs- und Finanzierungsart, Form der Zuwendung

Die Zuwendungen werden als Anteilfinanzierung im Rahmen der Projektförderung in Form von jährlichen Zuschüssen gewährt.

2. Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a und b

Die Zuwendung beträgt 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählen beispielsweise Personal- und Sachkosten, Raummiete, Honorare, Geräte und Ausstattung, Schulungsmaterial, Reisekosten, Veröffentlichungen, Veranstaltungen, Tagungen und Ausstellungen.

3. Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe c

Die Zuwendung beträgt 100 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählen beispielsweise Personal- und Sachkosten. Für indirekte Kosten (zum Beispiel Reisekosten, laufende Betriebsausgaben) kann ein Pauschalsatz von 15 Prozent der förderfähigen direkten Personalkosten berücksichtigt werden.

4. Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 2

Die Zuwendung beträgt 80 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählen beispielsweise die Kosten für die Beschaffung von Honigschleudern, Honigabfüllmaschinen, Honigpumpen, Honigrührwerke, Dampfwachsschmelzer, Wachspressen, Magazinbeuten, Stockwaagen, Honigabfüllgeräte. Bei der Neueinrichtung eines Lehrbienenstandes gilt die Ausstattungsgesamtheit als förderfähig.

5. Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 3

Die Zuwendung beträgt 100 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählen beispielsweise Sach- und Analysekosten, Geräte und Ausstattung sowie die Vergabe von projektbezogenen Leistungen an Dritte sowie Programme zur Prämierung.

6. Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 4

Die Zuwendung beträgt 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben. Zu den zuwendungsfähigen Ausgaben zählen beispielsweise Personal- und Sachkosten, Beschaffungskosten für Bekämpfungsmittel von Bienenstockfeinden und -krankheiten, Zuchtmaßnahmen, Kosten für Informationen zur Bienenvölkervermehrung/-erhaltung und Bienenzucht sowie Vergabe von Projekt bezogenen Leistungen an Dritte. Für indirekte Kosten (zum Beispiel Reisekosten, laufende Betriebsausgaben) kann ein Pauschalsatz von 15 Prozent der förderfähigen direkten Personalkosten berücksichtigt werden.

7. Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 5

Die Förderung erfolgt auf Grundlage der Ländervereinbarung zur Durchführung der gemeinsamen Finanzierung von Projekten des Länderinstitutes für Bienenkunde Hohen Neuendorf e.V.

VI.**Sonstige Zuwendungsbestimmungen**

Die Imkerorganisationen, die eine Förderung für Maßnahmen nach Ziffer II beantragen, sind verpflichtet, zum 1. Dezember eines jeden Jahres dem Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft die Anzahl eingewinterter Bienenstöcke mitzuteilen.

VII.**Verfahren****1. Antrags- und Bewilligungsverfahren**

Antrags- und Bewilligungsbehörde für die Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 bis 4 ist das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie. Für die Maßnahme nach Ziffer II Nummer 5 wird die Zuständigkeit in der Ländervereinbarung zur Durchführung der gemeinsamen Finanzierung von Projekten des Länderinstitutes für Bienenkunde Hohen Neuendorf e.V. geregelt.

Die Zuwendung wird nur auf Antrag der Begünstigten mittels vorgegebener Formulare gewährt. Die Antragstellung zum Erhalt der Zuwendung muss vor Maßnahmenbeginn erfolgen (es gilt das Eingangsdatum bei der Bewilligungsbehörde). Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach Abschluss der Verwaltungskontrolle über die Förderfähigkeit der beantragten Maßnahmen.

2. Auszahlungsverfahren

Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt aufgrund der Vorlage und Prüfung des Zahlungsantrages.

3. Zahlungsantrag

Der Zahlungsantrag besteht aus einem Sachbericht und den nachgewiesenen zuwendungsfähigen Ausgaben (Zahlungsnachweise, Rechnungen, Verträge oder Aufträgen). Es ist eine Belegliste anzufertigen. Zusätzlich sind bei Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe c alle durch den Imkernden und die Beratungsperson unterzeichneten Beratungsprotokolle sowie bei Maßnahmen nach Ziffer II Nummer 1 Buchstabe a eine Liste der Teilnehmenden einzureichen.

4. Kontrollverfahren

Die Begünstigten sind verpflichtet, Kontrollen der zuständigen Behörden des Freistaates Sachsen oder der Europäischen Union sowie der von diesen Stellen beauftragten Kontrollpersonen zu dulden. Bei mindestens 5 Prozent der beantragten Zuwendungen innerhalb der Förderperiode werden die Einhaltung der Förderkriterien vor der Auszahlung im Rahmen einer Vor-Ort-Kontrolle geprüft. Für die Vor-Ort-Kontrollen ist die Bewilligungsbehörde zuständig.

VIII.**Kürzungen und Sanktionen**

Die Bewilligungsbehörde kann die bewilligte Förderung ganz oder teilweise zurücknehmen oder widerrufen, wenn der Begünstigte die Auflagen nicht oder nicht innerhalb der gesetzten Frist erfüllt, den Verwendungsnachweis nicht rechtzeitig vorlegt oder den Mitteilungspflichten nicht nachkommt.

Im Fall vorsätzlich falscher Angaben, die in betrügerischer Absicht gemacht werden, wird die Zuwendung vollständig abgelehnt beziehungsweise zurückgefordert.

In Fällen höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände gemäß Artikel 3 der Verordnung (EU) 2021/2116 kann die Bewilligungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen von Kürzungen und Sanktionen absehen. Der Fall höherer Gewalt oder außergewöhnlicher Umstände ist der Bewilligungsbehörde innerhalb von 15 Arbeitstagen nach dem Zeitpunkt, ab dem die Begünstigten hierzu in der Lage sind, schriftlich mitzuteilen.

IX.**Transparenz**

Bei Maßnahmen, die aus Mitteln des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) finanziert werden, veröffentlicht der Freistaat Sachsen aufgrund von Artikel 98 der Verordnung (EU) 2021/2116 und der Artikel 58 sowie Artikel 59 der Durchführungsverordnung (EU) 2022/128 die Informationen zu Namen und Gemeinde der Begünstigten, gegebenenfalls einschließlich der Informationen über Gruppen, denen die Begünstigten gemäß Artikel 59 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2021/2116 angehören, den Maßnahmencode, maßnahmenbezogen das spezifische Ziel, das Anfangs- und das Enddatum, die Beträge für den EGFL, einschließlich der Kofinanzierung sowie die entsprechenden Gesamtbeträge einschließlich des EU-Gesamtbetrages.

X.**Inkrafttreten**

Dieser Maßnahmenkatalog tritt mit Unterzeichnung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2027 außer Kraft.

Dresden, den 3. Februar 2023

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen zum Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes über die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage für den Bau und die Montage von Kraftfahrzeugen der Bayerischen Motoren Werke Aktiengesellschaft (BMW AG) am Standort 04349 Leipzig

Gz.: 44-8431/2578

Vom 2. Februar 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat der Bayerischen Motoren Werke Aktiengesellschaft in 04349 Leipzig, BMW-Allee 1, mit Datum vom 28. Oktober 2022 eine immissionsschutzrechtliche Teilgenehmigung (Zweite Teilgenehmigung) zur wesentlichen Änderung der Anlage für den Bau und die Montage von Kraftfahrzeugen – Änderung 346 – Vorhaben Produktintegration am Standort BMW-Allee 1 in 04349 Leipzig, Gemarkung Plaußig, Flurstück 308/1, mit folgendem verfügbaren Teil, erteilt.

I. Entscheidung

1.1 Der Bayerischen Motoren Werke Aktiengesellschaft (BMW AG), Werk Leipzig, BMW-Allee 1 in 04349 Leipzig wird auf den Antrag vom 15. Dezember 2021, zuletzt ergänzt am 28. September 2022, gemäß § 8, 16 Absatz 1 und 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die immissionsschutzrechtliche Teilgenehmigung (Zweite Teilgenehmigung) zur wesentlichen Änderung (Änderung Nummer 346) des BMW-Werks Leipzig, einer Anlage für den Bau und die Montage von Kraftfahrzeugen gemäß Nummer 3.24 G des Anhangs 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen, am Standort BMW-Allee 1 in 04349 Leipzig, Gemarkung Plaußig, Flurstück 308/1, erteilt.

1.2 Das Gesamtvorhaben Änderung Nummer 346 umfasst zur technologischen Weiterentwicklung des BMW-Werks Leipzig einschließlich der Integration neuer Produkte in den Fertigungsablauf Umbaumaßnahmen und Anpassungen in den wesentlichen Fertigungsbereichen und Nebeneinrichtungen. Mit Erteilung der zweiten Teilgenehmigung ist zugleich das Gesamtvorhaben gemäß § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes genehmigt.

Die zweite Teilgenehmigung umfasst zur wesentlichen Änderung des Automobilwerkes durch Produktintegration (Untere Kompaktklasse (LU)) folgende Antragsgegenstände:

I Technologie Umformen, Presswerk, Geb. 20.3

Betriebseinheit I 2 – Erweiterung Paketierhalle

- Erweiterung Schrottentsorgung für eine sortenreine Aluminiumtrennung

Betriebseinheit P 7 – Förderbrücke für Schrottbänder

- Schließung Gebäudelücke Geb. 20.3 zu Geb. 20.0

II Technologie Karosseriebau, Geb. 30.2

Betriebseinheit F – Hochregallager

- Erweiterung Hochregallager um eine 5. Gasse

III Technologie Oberfläche (TOF), Geb. 40.x

- Konsolidierung Brandschutzkonzept, Geb. 40.1

Betriebseinheit D – Kathodische Tauchlackierung, Geb. 40.1

- Erweiterung Stahlbaubühne KTL-Trockner, Ebene +8,80 m

Betriebseinheit G1 und G3 – Nahtabdichtung und Automatische Bördelfalzversiegelung, Geb. 40.0

- Erweiterung Nahtabdichten um eine weitere Linie automatische Bördelfalzversiegelung (ABFV)

Betriebseinheit P – Decklack-Finish, Geb. 40.2

- Installation Automatische Oberflächenbegutachtung im Bereich Finish

IV Technologie Montage (TMO), Geb. 50.0

Betriebseinheit A – Anbindung der Montage an den vorherigen Prozessschritt

- Anpassung der Linienführung der Fördertechnik Tragkettenförderer und Module-EHB

Betriebseinheit E – Endmontage

- Neubau der Wartungsbühne Schwer-Elektrohängebahn (EHB) inklusive zusätzlicher Wartungsplätze
- Anbindung Versorgungszentrum Süd – Durchfahrt für die Bereitstellung Abgasbehälter

Betriebseinheit F – Medienbefüllung, Finish

- Anlagenanpassung Abluftführung der Steuer-schränke für den Prozess Klimagasbefüllung mit einer zusätzlichen Abluftführung für eine redundante Abluftführung am Band 60 und Band 61 (Hinweis: aus Antragsunterlagen zum Gesamtvorhaben, TG 1)
- Anlagenumbau Medienbefüllung Kraftstoff – Herstellung einer Ringleitung mittels bestehender Leitungen (Hinweis: aus Antragsunterlagen zum Gesamtvorhaben, TG 1)
- Rückbau Befüllanlage Vergaserkraftstoff/Scheibenschwamm am Band 66
- Integration Nacharbeitsprozess Hoch- und Nieder-voltspeicher
- Anbindung Geb. 52.0 als Logistik- und Nacharbeits-halle
- Verlagerung Nacharbeit Medienbefüllung,
- Verlagerung Tankausbaubereich und C-Teile-Lager/ Nichtserienmateriallager
- Schaffung einer zusätzlichen Durchfahrt in der bestehenden Komplextrennwand/Brandwand
- Schaffung einer Durchfahrt im Bereich Mittelspange für die logistische Anbindung infolge von Anpassungen in der Betriebseinheit K

Betriebseinheit K – Nebenbetriebe

- Umbau der Pausenbereiche zu Pausenräumen
- Verkleinerung Pausenbereich Achse J1-J2/8 und Umbau zu einem Pausenraum
- Schaffung eines neuen Pausenraums
- Verlagerung von Bürostrukturen (3 Räume)

IV Technologie Montage (TMO), Geb. 52.0**Betriebseinheit L – Medienbefüllung**

- Neubau und Umnutzung der Montageflächen für das Markteinführungsvolumen (MEV)

V Technologie Logistik (TLO), VZ Ost, Geb. 81.0

- Umkleiden Versorgungszentrum Ost

VI Werksinfra**Betriebseinheit EZ 1-3 – Anlage zur Erzeugung von Druckluft**

- Energiezentrale, Geb. 90.0:
 - o Erweiterung der Druckluftherzeugungsanlage durch Aufstellung eines zusätzlichen Kompressors (6 bar) mit Trockner
 - o Erweiterung um drei Rückkühlwerke (davon ein Redundanz-Rückkühlwerk) auf dem Dach des Gebäudes 90.0
- Energiezentrale, Geb. 91.0:
 - o Erweiterung der Druckluftherzeugungsanlage durch Aufstellung von zwei zusätzlichen Kompressoren (12 bar, 6 bar) mit Trockner,
 - o Erweiterung um zwei Rückkühlwerke auf dem Dach des Gebäudes 91.0

1.3 Diese Änderungsgenehmigung schließt gemäß § 13 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes andere die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen ein, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Zulassungen, Verleihungen, Erlaubnisse und Bewilligungen mit Ausnahme von Planfeststellungen, Zulassungen bergrechtlicher Betriebspläne, behördlicher Entscheidungen auf Grund atomrechtlicher Vorschriften und wasserrechtlichen Erlaubnissen und Bewilligungen nach § 8 in Verbindung mit § 10 des Wasserhaushaltsgesetzes. Eingeschlossen sind insbesondere

- die Baugenehmigung gemäß §§ 63, 64 der Sächsischen Bauordnung für die baulichen und technologischen Errichtungen, Änderungen und Nutzungsänderungen in den Gebäuden 20.3, 30.2, 40.x, 50.0, 52.0, 81.0, 90.0 und 91.0;
- die Eignungsfeststellungen nach § 63 des Wasserhaushaltsgesetzes für Errichtung, Betrieb und wesentliche Änderung folgender Anlagen zum Lagern, Abfüllen oder Umschlagen wassergefährdender Stoffe für den Bereich TMO, Gebäude 52: Zwischenlagerort HV-Speicher (HV L) und Tankausbauraum Kraftstoffe und Betriebsmittel (BAB KS/BM);
- die Ausnahmezulassung gemäß § 3a Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 der Arbeitsstättenverordnung für die Errichtung und den Betrieb der in der Anlage 1) Raumbuchung zu diesem Bescheid wie folgt:
 - o Die Einrichtung und der Betrieb der in der Anlage 1 „Raumbuch“ aufgelisteten Arbeits- und Pausenräume in den Gebäuden 50.0 und 52.0 ohne Tageslicht wird zugelassen.

- o Die Einrichtung und der Betrieb folgender Räume im Gebäude 52.0 ohne ausreichender Sichtverbindung nach außen wird zugelassen:

Ge-bäude	Raum	Raum-Nr.
52.0	Werkstatt – HVS-Raum	052.0/00.0/046
	Tankausbauraum	052.0/00.0/047
	Pausenraum	052.0/00.0/087

1.4 Die Genehmigung wird nach Maßgabe der Antragsunterlagen sowie mit Nebenbestimmungen laut Abschnitt III erteilt.

1.5 Die Kosten des Verfahrens trägt die BMW AG, Werk Leipzig. Über die Höhe der Kosten wird in einem gesonderten Kostenbescheid entschieden.

Der Genehmigungsbescheid enthält folgende Rechtsbehelfsbelehrung:

„Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Alchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Abs. 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/ kontakt abrufbar.“

Der Genehmigungsbescheid mit den getroffenen Nebenbestimmungen einschließlich der Begründung liegt

vom 24. Februar 2023 bis einschließlich 10. März 2023

bei folgender Stelle zur öffentlichen Einsichtnahme aus und kann während der angegebenen Dienstzeiten dort eingesehen werden.

Landesdirektion Sachsen, Abteilung Umweltschutz,
Zimmer 463, Braustraße 2 in 04107 Leipzig,
Montag und Mittwoch von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie von 13:00 Uhr bis 15:00 Uhr
Dienstag und Donnerstag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr
sowie von 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
Freitag von 9:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Wenn aufgrund der COVID-19-Pandemie Regelungen zu Schutzmaßnahmen bestehen, wird gebeten, sich vor der Einsichtnahme in die Unterlagen bei der Landesdirektion Sachsen, Referat 44, E-Mail Daniela.Adam@lids.sachsen.de, Tel. 0341/977 4433 über die Zugangsbedingungen zu informieren.

Der Genehmigungsbescheid ist im Internet unter der Adresse:

https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung/?ID=14256&art_param=664&q=1

einsehbar.

Die öffentliche Bekanntmachung ergeht gemäß § 10 Absatz 8 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274, 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1792) geändert worden ist, unter folgenden Hinweisen:

1. Der Genehmigungsbescheid enthält zahlreiche Nebenbestimmungen.
2. Der Genehmigungsbescheid gilt mit dem Ende der Auslegungsfrist auch gegenüber Dritten, die keine Einwendungen erhoben haben, als zugestellt.

3. Nach der öffentlichen Bekanntmachung können der Bescheid und seine Begründung bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist von den Personen, die Einwendungen erhoben haben, schriftlich oder elektronisch bei der Landesdirektion Sachsen, 09105 Chemnitz oder über poststelle@lds.sachsen.de, angefordert werden.

Die Entscheidung wird auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lds.sachsen.de/> bekanntmachung unter der Rubrik Umweltschutz bekannt gemacht.

Leipzig, den 2. Februar 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Absage des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren
nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz
für die Modernisierung des Energieversorgungszentrums EVC 1
der Firma Energieversorgungszentrum Dresden-Wilschdorf
GmbH & Co. KG
am Standort Wilschdorf**

Gz.: 44-8431/2542

Vom 6. Februar 2023

Mit der Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen vom 3. November 2022 (veröffentlicht am 24. November 2022 unter anderem im Sächsischen Amtsblatt Nummer 47) wurde für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung ein Erörterungstermin für das Vorhaben für die Modernisierung des Energieversorgungszentrums EVC 1 der Firma Energieversorgungszentrum Dresden-Wilschdorf GmbH & Co. KG am Standort 01468 Moritzburg, Ringstraße 3, Gemarkung Wilschdorf, für den 23. Februar 2023 angekündigt.

Gemäß § 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, findet ein Erörterungstermin nicht statt, wenn Einwendungen gegen das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig erhoben worden sind.

Es wurden gegen das Vorhaben keine Einwendungen erhoben.

Der Erörterungstermin in der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden **findet nicht statt**.

Dresden, den 6. Februar 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Absage des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren
nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz
für die Modernisierung des Energieversorgungscenters EVC 2
der Firma Zweite Energieversorgungscenter Dresden-Wilschdorf
GmbH & Co. KG
am Standort Wilschdorf**

Gz.: 44-8431/2613

Vom 6. Februar 2023

Mit der Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen vom 8. November 2022 (veröffentlicht am 24. November 2022 unter anderem im Sächsischen Amtsblatt Nummer 47) wurde für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung ein Erörterungstermin für das Vorhaben für die Modernisierung des Energieversorgungscenters EVC 2 am Standort 01468 Moritzburg, Ringstraße 3, Gemarkung Wilschdorf, für den 23. Februar 2023 angekündigt.

Der Erörterungstermin in der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden **findet nicht statt**.

Gemäß § 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, findet ein Erörterungstermin nicht statt, wenn Einwendungen gegen das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig erhoben worden sind.

Es wurden gegen das Vorhaben keine Einwendungen erhoben.

Dresden, den 6. Februar 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Absage des Erörterungstermins im Genehmigungsverfahren
nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz
für auf Errichtung eines Energieversorgungscenters EVC 3 –
1. Teilgenehmigung
der Firma Zweite Energieversorgungscenter Dresden-Wilschdorf
GmbH & Co. KG
am Standort Wilschdorf**

Gz.: 44-8431/2637

Vom 6. Februar 2023

Mit der Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen vom 8. November 2022 (veröffentlicht am 24. November 2022) unter anderem im Sächsischen Amtsblatt Nummer 47 wurde für das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung ein Erörterungstermin für das Vorhaben für die wesentliche Änderung zur Errichtung des Energieversorgungscenters EVC 3 – 1. Teilgenehmigung – am Standort 01468 Moritzburg, Ringstraße 3, Gemarkung Wilschdorf, für den 23. Februar 2023 angekündigt.

Der Erörterungstermin in der Landesdirektion Sachsen, Stauffenbergallee 2 in 01099 Dresden **findet nicht statt**.

Gemäß § 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren in der Fassung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 11. November 2020 (BGBl. I S. 2428) geändert worden ist, findet ein Erörterungstermin nicht statt, wenn Einwendungen gegen das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig erhoben worden sind.

Es wurden gegen das Vorhaben keine Einwendungen erhoben.

Dresden, den 6. Februar 2023

Landesdirektion Sachsen
Svarovsky
Abteilungsleiter

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
zur Entstehung der Regine- und Horst-Krätzschar-Stiftung**

Gz.: 20-2245/721/1

Vom 7. Februar 2023

Durch Anerkennung der Landesdirektion Sachsen vom 6. Februar 2023 ist die mit Stiftungsgeschäft vom 10. November 2022 errichtete „Regine- und Horst-Krätzschar-Stiftung“ als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Glaubitz entstanden. Zweck der Stiftung ist die Absicherung der Familie/Abkömmlinge. Insoweit soll die Stiftung unter anderem die Bildung der Abkömmlinge der Stifter fördern, die Familienmitglieder im Fall von Krankheit, Pflegebedürftigkeit (oder/und existenzbedrohenden wirt-

schaftlichen Problemen) absichern sowie die Abkömmlinge im Falle einer Existenzgründung oder Existenerweiterung unterstützen.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 7. Februar 2023

Landesdirektion Sachsen
Rossmann
Abteilungsleiter

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung
über die Änderung der Satzung
der Sächsischen Landesanstalt
für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM)
zur Förderung der Verbreitungskosten lokaler Fernsehveranstalter
(Förderprogramm Verbreitungskosten lokaler Fernsehveranstalter)

Vom 31. Januar 2023

Der Medienrat der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) hat in seiner Sitzung am 31. Januar 2023 die Änderung der Satzung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien zur Förderung der Verbreitungskosten lokaler Fernsehveranstalter vom 26. Januar 2015 (SächsABl. S. 281), zuletzt geändert durch Beschluss des Medienrates vom 29. November 2022 (SächsABl. S. 1496), beschlossen:

§ 1
Änderung

§ 5 wird wie folgt geändert:
In Absatz 1 werden die Sätze 4 und 5 gestrichen.

§ 2
Inkrafttreten

Die Änderung tritt am Tag der Veröffentlichung in Kraft.
Die Bekanntmachung erfolgt im Sächsischen Amtsblatt.

Leipzig, den 31. Januar 2023

Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien
Prof. Dr. Markus Heinker
Präsident des Medienrates

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

16. Februar 2023

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,03 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 